

Hansueli Bernath  
Erlengasse 1  
8240 Thayngen

An den  
Regierungsrat des  
Kantons Schaffhausen

**Kantonsrat**  
**eingegangen: 30. August 2004/46**

## Kleine Anfrage **33/2004**

### Zum geplanten Schwerverkehrskontrollzentrum im Areal des Güterbahnhofs

Anlässlich einer kürzlich von der Astag Sektion Sh organisierten Informationstour habe ich mich bei den Verantwortlichen der Grenzwaiche nach der Möglichkeit von Kontrollen des Schwerverkehrs auf dem Zollareal erkundigt. Die Antwort lautete dahingehend, dass dem aus Sicht des Zolls nichts im Weg stehe, und dass der Entscheid für ein separates Kontrollzentrum ein politischer Entscheid gewesen sei.

Ich frage deshalb den Regierungsrat an, ob er gewillt ist, das Konzept der Schwerverkehrskontrolle zu überprüfen.

Insbesondere interessieren folgende Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit sich dafür einzusetzen, dass im Areal des Güterbahnhofs im Moment auf bauliche Massnahmen für ein Lastwagenkontrollzentrum verzichtet wird und zuerst Erfahrungen gesammelt werden mit entsprechenden Kontrollen durch Polizeiorgane auf den Zollamtsplätzen in Thayngen, Barga und Ramsen (und ev. in Trasadingen)?
2. Wurde die skizzierte dezentrale Variante für die Schwerverkehrskontrolle gegenüber der zentralisierten Variante Güterbahnhof einer detaillierten Kosten – Nutzenanalyse unterzogen, unter Einbezug der unbestrittenen verkehrstechnischen Nachteile der zentralisierten Variante? Wie lautet das Ergebnis dieser Analyse?
3. Wie hoch lassen sich die finanziellen Einsparungen beziffern, bei einem Verzicht auf ein separates Kontrollzentrum?
4. Ist der Regierungsrat bereit, sich bei den zuständigen Bundesorganen für eine Versuchsphase mit dezentralen Schwerverkehrskontrollen einzusetzen und den Entscheid für den Bau des Kontrollzentrums Güterbahnhof bis zum Vorliegen von entsprechenden Erfahrungen zurückzustellen resp. zu widerrufen?

Abschliessend möchte ich betonen, dass es nicht um eine Be- oder gar Verhinderung der für die Verkehrssicherheit unerlässlichen Kontrollen des Schwerverkehrs geht, sondern nur um die sorgfältige Abklärung der Nutzung von vorhandener Infrastruktur, bevor allenfalls unnötige Investitionen getätigt werden.

Mit Interesse sehe ich der Stellungnahme der Regierung entgegen und ich bedanke mich im Voraus für die Beantwortung der gestellten Fragen.

Thayngen, 30. August 2004

